

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonto: Dresden 1538
Grotzstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 287.

Dienstag, 9. Dezember 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Kassen. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die 1. Nummer des Abgabestages (bis 9 Uhr vormittags) aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Stößen wird nicht übernommen. Bezugspreis für die 2. und 3. Nummer des Abgabestages (6 Silben - 25 Gold-Pfennige, die 4. bis 6. Nummer des Abgabestages 100 Gold-Pfennige; zeitrauender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag: feste Tarife. Verwilligte Rabatte rüchigt, wenn der Betrag vorräufig, durch Eingangs werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Argaber an der Elbe“ - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten - hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Anstaltsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzstraße 52. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hüsemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Vorläufiges amtliches Reichstagswahlergebnis.

Das endgültige Wahlergebnis.

493 Reichstagsabgeordnete.

Berlin. (Funkpruch nachm. 1 Uhr.) Nach den weiteren Berechnungen des statistischen Reichsamtes dürfte sich der zukünftige Reichstag aus 493 Abgeordneten zusammensetzen. Davon entfallen auf:

SPD.	131	(100)
Deutschnationale Volkspartei	103	(96)
Zentrum	69	(65)
Kommunisten	45	(62)
Deutsche Volkspartei	51	(44)
Nationalsozialisten	14	(32)
Deutsche demokratische Partei	32	(28)
Bayerische Volkspartei	19	(16)
Wirtschaftspartei und Bayer. Bauernbund	17	(10)
Landbund	8	(10)
Deutschnat. Partei	—	(4)
Deutsch-Hannoveraner	4	(5)

493 (472)

Dieses Ergebnis kann als das endgültige vorläufige Ergebnis der Berechnungen angesehen werden.

Da der Landbund wieder mit den Deutschnationalen eine Fraktion bilden wird, ist die Fraktionsstärke der Deutschnationalen mit 111 (bisher 106) anzunehmen.

An Stimmen wurden gezählt:

1. SPD.	7 859 433
2. Deutschnationale Volkspartei	6 180 281
3. Zentrum	4 117 481
4. Kommunisten	2 698 956
5. Deutsche Volkspartei	3 046 493
6. Nationalsozial. Freiheitsbewegung	901 601
7. Deutsche Demokratische Partei	1 915 187
8. Bayer. Volkspartei	1 120 752
9. Wirtschaftspartei u. Bayer. Bauernbund	999 703
10. Landbund	498 003
11. Deutsch-Hannov. Partei	262 569
12. Deutschnat. Partei	157 835
13. Nat. Winderb. Deutschlands	92 565

Zahlen und ihre Lehren.

Die milde Erregung des Wahlkampfes ist vorüber; an die Stelle der Leidenschaftlichkeit tritt wieder die ruhige Überlegung, an die Stelle der großen Worte die nüchterne Zahl. Da steht die Frage der Regierungsbildung im Reich und in Preußen die dringendste ist und für ihre Lösung die richtige Erfassung der Wahlergebnisse von ausschlaggebender Bedeutung sein wird, geben wir zunächst einmal eine Übersicht über die Veränderungen in den Stimmenzahlen und den Mandaten. Zwar kann sich einiges an den bisher mitgeteilten Figuren noch verschieben, aber im wesentlichen genügen diese schon als Grundlagen der Berechnung.

Im Reich haben die Deutschnationalen zusammen mit dem Landbund ihre Stimmen um rund 330 000 vermehrt. Die Nationalsozialisten haben eine Abnahme der Stimmen um mehr als 1 032 000 zu verzeichnen; die Kommunisten eine solche um mehr als 1 067 000. Die Sozialdemokratie hat aber rund 1,78 Millionen Stimmen mehr erhalten als im Mai, so daß sie beträchtlich über den kommunikativen Verlust hinaus angewachsen ist, während die Deutschnationalen fast 700 000 Stimmen nicht erhalten haben, die den Wählern verloren gegangen sind. Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen haben im Dezember etwa 700 000 Stimmen mehr erhalten als im Mai. Die für einen Block der nichtsozialistischen Parteien in Betracht kommenden Gruppen (also ohne die Demokraten) haben rund 12,9 Millionen Stimmen erhalten; die Sozialdemokraten und Demokraten zusammen rund 9,7 Millionen Stimmen. Zählt man ihnen noch die Hälfte der vier Millionen Zentrumstimmen hinzu, so würde sich also für das „Reichsbanner“ eine Zahl von 11,6 Millionen ergeben gegenüber 12,9 Millionen für „Schwarz-weiß-rot“. Das ganze Zentrum kann man so, selbst nach den Erklärungen des Herrn Warg, keinesfalls zum „Reichsbanner“ zählen, womit natürlich die Verfassungstreue des rechten Flügels nicht bezweifelt werden soll. Zählt man Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten zur Linken, so hätten diese Parteien zusammen etwa 12,4 Millionen gegenüber 12,9 Millionen der größeren Parteien, und das zwischenstände das Zentrum mit seinen vier Millionen.

Die Mandatszahlen im neuen Reichstag lassen sich folgendermaßen gruppieren. Der Linksbund (Soz., Dem. und J.) ist von 193 auf 230 angewachsen; erreicht also noch nicht die 245, die zur Mehrheitsbildung nötig sind. Die „große Koalition“ hat statt 237 jetzt 280 Mandate, also

Die Fraktionsstärke bei Auflösung des Reichstags.

Um einen Vergleich zwischen dem alten und dem neuen Reichstag zu ermöglichen, geben wir nachstehend eine Aufstellung der Stärke der Fraktionen bei Auflösung des Reichstags am 20. Oktober 1924.

Es entfielen auf die SPD. 106 Sitze (95 Abg. der DVP, 10 Abg. der Landliste und 1 Abg. der DVP), auf die DVP, 103 Sitze (82 Abg. der DVP, 21 Abg. der DVP, 2 Abg. der DVP, 2 Abg. der DVP). Die Fraktion führte an der Spitze die Bezeichnung „Nationalsozialistische Fraktion“, auf die DVP, 45 (darunter 1 Abg. der Dem. Partei), auf das Zentrum 65, auf die Dem. Partei 27, auf die SPD, 100, auf die DVP, 62, auf die Bayer. Vpt. 16, auf die Wirtschaftliche Vereinigung (Bayer. Bauernbund) und DVP, 100, auf die DVP, 15 und auf die DVP, 15 Sitze.

Wittwoch Besprechung der Reichsminister.

Berlin. (Funkpruch nachm. 2 Uhr.) Die Besprechung der Reichsminister, die sich mit der aus dem Wahlergebnis ergebenden Lage beschäftigen wird, ist auf Mittwoch nachmittags 5 Uhr angesetzt worden.

Ein deutschnationales Urteil über die Wahlen.

Berlin. Folgendermaßen äußerte sich einer der hervorragenden Führer der Deutschnationalen Volkspartei: Die Bildung der großen Koalition ebenso wie die Beibehaltung der bisherigen mit Unterstützung durch die Linke, würde die Deutschnationalen zur rückwärtslosten Opposition veranlassen. Es bleibt also nur übrig, das Kabinett im Sinne einer Rechtsverweiterung umzubilden.

Das amtliche Ergebnis der Preußentwahl.

Berlin. Das vorläufig abschließende amtliche Ergebnis der preussischen Landtagswahl stellt sich wie folgt: Es entfielen auf die Sozialdemokraten 4,522 Millionen Stimmen, auf die Deutschnationalen 4,363, auf das Zentrum 3,178, auf die Kommunisten 1,732, auf die Deutsche Volkspartei 1,765, auf die Nationalsozialisten 0,450, auf die Demokraten 1,071, auf die Wirtschaftspartei 0,451, auf die Deutsch-Hannoveraner 0,256 Millionen und auf die nationalen Winderbeuten 85 000 Stimmen.

Demnach entfielen auf die Sozialdemokraten 113, auf die Deutschnationalen 109, auf das Zentrum 79, auf die Kommunisten 44, auf die Deutsche Volkspartei 44, auf die Nationalsozialisten 11, auf die Demokraten 27, auf die Wirtschaftspartei 11, auf die Deutsch-Hannoveraner 6 und auf die nationalen Winderbeuten 2 Mandate. Die Gesamtsumme der Mandate beträgt 446.

35 mehr als die Hälfte. Die Parteien von Herat bis Warg, die bisher mit 246 Mandaten nur 10 über die Hälfte besaßen, haben nunmehr 268 Mandate, also 23 über die Hälfte. Man kann also jetzt von einer vorübergehenden sicheren Mehrheit der antisozialistischen Parteien sprechen; dem Zentrum ist die Ausrede, daß eine solche nicht vorhanden sei, nunmehr genommen. Die Konventionen liegen auf der Hand. Die drei Regierungsparteien allein verfügen jetzt über 158 Stimmen statt bisher 147; es fehlen ihnen also immer noch 87 Stimmen an der knappen Mehrheit.

Wie würde heute der sächsische Landtag aussehen?

Das Ergebnis der Reichstagswahlen in den drei sächsischen Wahlkreisen zeigt, auf den sächsischen Landtag umgerechnet, folgendes Bild: Wenn wir am letzten Sonntag zugleich für den Landtag gewählt hätten, so würde sich dieser heute aus nachfolgenden Parteien zusammensetzen:

Kommunisten	11	(9)
Sozialdemokraten	33	(27)
Unabhängige	0	(13)
Deutschnationale	20	(20)
Nationalsozialisten	2	—
Deutschnat. Partei	1	—
Deutsche Volkspartei	15	(18)
Zentrum	1	(1)
Wirtschaftspartei	5	—
Winderbeutenpartei	1	—
Demokraten	7	(8)

Gewonnen hätten also die Sozialdemokraten 6, Kommunisten 2, Nationalsozialisten 2, Wirtschaftspartei 5, Aufwertungspartei 1, Deutschnat. Partei 1 Mandat. Gleichgeblieben wären Deutschnationale und Zentrum. Verloren hätten Unabhängige 13, Deutsche Volkspartei 3, Demokraten 1 Mandat. Wenn sich dabei nicht auch die Demokraten von der Linken abgewandt hätten, wäre in Sachsen ein Bürgerblock ohne sie mit 45 Mandaten unmöglich gewesen. Ebenso unmöglich wäre aber auch eine Koalition von Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten ohne die Deutsche Volkspartei.

Daraus folgt, daß für die kommenden sächsischen Landtagswahlen unbedingt viel stärker nach rechts gewählt werden muß, wenn sich Sachsen in Zukunft überhaupt noch selbständig parlamentarisch regieren soll!

Der neue Reichstag.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Der neu gewählte Reichstag weist eine Zusammensetzung auf, die das Problem der Bildung einer regierungsfähigen Mehrheit wesentlich erleichtert wird. In den Kreisen der Reichsregierung hat man sogar den Eindruck, daß selbst im Falle ernsthafter Reaktionen immer eine Mehrheit mit wechselnden Konstellationen zu erreichen ist. Von Fall zu Fall kann die Mitte sowohl mit den Deutschnationalen als auch mit der Sozialdemokratie zusammengehen. Auch das Verhältnis zwischen den Regierungsparteien und der Opposition ist bedeutend günstiger, als wie es beim vorigen Reichstag der Fall war. Während im alten Parlament die Regierungsparteien insgesamt nur ein Viertel der Gesamtmandate aufweisen konnten, sind sie jetzt in der Lage, ein neues Drittel der Stimmen des neuen Parlaments auf sich zu vereinen. Die radikale Opposition, die nahezu ein Viertel ausmacht, stellt jetzt kaum ein Sechstel dar. Wertvoll ist jedoch das starke Anwachsen der Sozialdemokratie und der Deutschnationalen. Es steht schon fest, daß die alte Regierungskoalition aus Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei nicht wieder herbeigeführt werden kann. Unbedingt notwendig ist es, entweder die Deutschnationalen oder aber die Sozialdemokratie in die Regierung aufzunehmen. Wir glauben zu wissen, daß daher der Reichstagspräsident Dr. Warg schon jetzt von dem Standpunkt ausgeht, daß die Mittelparteien wohl die Grundlage für die neue Koalition abgeben können, aber zugunsten einer der großen Parteien einen wesentlichen Teil ihres Einflusses aufgeben müssen.

In den politischen Kreisen erörtert man sehr lebhaft die rein politischen Momente, die in den vorliegenden Wahlergebnissen zum Ausdruck kommen. Dabei kommt man zu dem Schluss, daß der grundsätzliche Kampf zwischen der Sozialdemokratie und den Deutschnationalen bei weitem die Situation beherrscht und sogar die Probleme der Fortführung der Politik der Mitte in den Hintergrund zu drängen imstande gewesen ist. Während auf der einen Seite die linksgerichteten Kreise fast ausschließlich zur Sozialdemokratie fröhen, hat das Bürgertum die Deutschnationalen hartnäckig unterstützt, so daß diese beiden Parteien im neuen Reichstag vollkommen den Ausschlag geben werden. Berücksichtigt man diese Tatsache, so muß man zu der Feststellung gelangen, daß die Politik der Mitte zwar ihren Einfluß behalten konnte, daß es ihr aber nicht gelungen ist, einen entscheidenden Sieg davonzutragen. Dem liegt der eigentliche Anknüpfungspunkt des diesmaligen Wahlsieges, und es ist daher schon jetzt vorzusagen, daß im neuen Parlament noch sehr schwerwiegende politische Auseinandersetzungen zum Austrag kommen werden, da es sich nunmehr darum handeln wird, welchen Kurs die Regierungspolitik nehmen soll. Entscheiden sich die Mittelparteien für ein Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen, so wird das Steuer nach rechts gedreht werden müssen. Treit dagegen die Sozialdemokratie in die Regierung ein, dann wird die neue Regierungsgewinnung sein, den Kampf gegen rechts anzunehmen. Die Verantwortlichkeit des neuen Reichstags wird aber hierunter keineswegs zu leiden haben. Vielmehr kann mit der gegenwärtigen parlamentarischen Konstellation stets eine tragbare Reg. einungsmehrheit zustandekommen, so daß die neue Gefahr einer Reichstagsauflösung kaum gegeben sein dürfte. Auswärtig sich die Ergebnisse vom 7. Dezember auf die weitere Gestaltung der deutschen Politik auswirken werden, wird sich erst dann übersehen lassen, wenn die großen Parteien endgültig zu dem Wahlergebnis Stellung genommen haben.

Die ersten Besprechungen über die Regierungsbildung.

Berlin, 9. Dezember. Wie wir erfahren, werden die ersten Besprechungen über die Regierungsbildung voraussichtlich erst im Laufe der nächsten Woche stattfinden können, da durch den Wahlerfolg der Sozialdemokratie eine ganz neue Situation geschaffen worden ist. Man hat in den Kreisen der bisherigen Regierungsparteien wohl nicht ganz mit der Tatsache gerechnet, daß die Sozialdemokratie eine derartige Stärkung erfahren würde und in engerem Kontakt mit der Mitte ihre Position nicht mehr befestigen konnte, als die Deutschnationalen und Sozialdemokraten. Zwischen dem Reichstagspräsidenten Dr. Warg und dem Reichspräsidenten Goert wird am Freitag abend eine Aussprache stattfinden. Der Reichstag über den Austritt der Regierung Warg-Stresemann wird vor Sonnabend kaum zu erwarten sein. Der Reichspräsident wird die Parteiführer im frühesten Falle am nächsten Dienstag oder Mittwoch empfangen können, da die maßgebenden Parteiführer erst Ende der Woche in Berlin eintreffen dürften. In den maßgebenden Kreisen verläutert, daß Außenminister Dr. Stresemann die Wicht hat, nunmehr sofort in unerbittlichen Besprechungen mit den deutschnationalen Führern einzutreten, um die Möglichkeit einer Erweiterung der Reichsregierung nach rechts zu prüfen.

Das Schweizer Wahlergebnis.

Bern. Die Gemeindevahlen am Sonntag im Kanton Bern ergaben überall eine starke Zunahme der sozialistischen Vertretung in den Gemeinderäten.